

Beschäftigungschancen für alle Weichenstellungen für einen starken bayerischen Arbeitsmarkt



CHRISTINE HADERTHAUER, Mdl

Deutschland und allen voran Bayern geht es so gut wie seit langem nicht mehr. Noch nie waren im Freistaat so viele Menschen in Lohn und Brot wie heute: über 4,8 Millionen. Das ist ein Anstieg um etwa 600.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in den letzten sieben Jahren. Der Zuwachs in Normalarbeitsverhältnisse ist dabei stärker als der Zuwachs in atypische Beschäftigung. Wir haben in Bayern mit 3,7 Prozent (Mai 2013) die niedrigste Arbeitslosenquote in ganz Deutschland. Bayern ist zu einer Insel der sozialen Sicherheit und Lebensqualität geworden.

Hervorragende Beschäftigungslage

Es liegt zwar nicht in der Hand des Staates, wie viele Arbeitsplätze geschaffen werden, ausgenommen in der öffentlichen Verwaltung, denn es ist die Entscheidung der Unternehmer, ob sie im globalen Wettbewerb

Arbeitsplätze an einem deutschen Standort schaffen. Es hängt aber an den Entscheidungen der Politik, ob man die Schaffung von innovativen Arbeitsplätzen fördert oder behindert, Deutschland und Bayern als Produktionsstandort stärkt oder schwächt.

Die Entwicklung der letzten Jahre in Bayern bestätigt: Bayern ist auf dem richtigen Weg. Bayern bietet beste Chancen. Für alle. Für Frauen und Männer, Jung und Alt, Menschen mit und ohne Handicap, ob sie einen Migrationshintergrund haben oder nicht.

Wir haben mit 76 Prozent die höchste Erwerbstätigenquote. Bayern liegt damit 3,5 Prozentpunkte über dem deutschen Durchschnitt. Der Anstieg um 1,4 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr belegt: Unsere aktive Beschäftigungspolitik, unser Einsatz für marktbenachteiligte und langzeitarbeitslose Menschen mit ganzheitlichen Projekten wie TANDEM und KAJAK trägt Früchte.

Die Jugendlichen in Bayern haben beste Startchancen: Die Quote der Jugendarbeitslosigkeit in Bayern lag im Jahresdurchschnitt 2012 bei 3 Prozent, die niedrigste aller Bundesländer. Wie wichtig dies für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes ist, erschließt sich nicht erst, wenn man auf die Krisenländer Griechenland und Spanien schaut, die angesichts einer Jugendarbeitslosigkeit von über 50 Prozent von einer verlorenen Generation sprechen. Auch Schweden und Frankreich kämpfen mit einer mehr als dreimal so hohen Jugendarbeitslosigkeit wie Deutschland. Nachdem in internationalen Vergleichsstudien lange allein eine hohe Akademikerquote als Erfolgsindikator für die Bildungspolitik eines Landes erkoren wurde, erleben wir nun ein Umdenken: Das deutsche Modell

der beruflichen Bildung erfährt zunehmende Anerkennung unserer europäischer Nachbarn, aber auch in den USA oder China – zu Recht: Die duale Berufsausbildung ist ein Erfolgsmodell. Zusammen mit unserem begabungsgerechten gegliederten Schulsystem, das Talente besser erkennt und fördert, trägt sie entscheidend dazu bei, dass unsere Jugendlichen den Übergang von der Schule in den Beruf schaffen. Und wir brauchen jedes Talent: Wie ein Gutachten des IW Köln jüngst belegt, droht bei anhaltendem Studienzuspruch bei den MINT-Fächern bis 2020 kein Mangel, wohl aber bei Facharbeitern: Hier schätzt das IW Köln bundesweit eine Lücke von 1,4 Mio. Kräften.

Positive Entwicklung erfasst alle Gruppen

Auch deshalb lassen wir niemanden alleine: Denen, die es beim Übergang Schule – Ausbildung – Beruf schwerer haben, greifen wir mit unserem bewährten Programm „Fit for Work“, aber auch mit der Jugendsozialarbeit an Schulen und mit der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit unter die Arme.

Auch bei der Frauenerwerbstätigenquote liegt Bayern deutlich über dem bundesdeutschen und europäischen Schnitt. Das zeigt: In Bayern gelingt die Balance zwischen Leben und Arbeit besser. Dabei haben sich gerade in dieser Legislaturperiode die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf entscheidend verbessert. Bayern steht für Wahlfreiheit – mit dem beispiellosen Ausbau der Kinderbetreuung und mit dem Betreuungsgeld.

Und Bayern hat deutschlandweit mit 69,7 Prozent auch die höchste Erwerbstätigenquote von Migranten. Wir sind >> Seite 2



**Bitte vormerken: Bayerischer Wirtschaftstag 2013
am 10. Juli in Ingolstadt, Beginn 14:00 Uhr!**

der festen Überzeugung: Die Integration in die Arbeitswelt ist die beste Integration in unsere Lebenswelt. Deshalb schaffen wir mit dem bayerischen Berufsamerkenngesetz die Voraussetzungen für die bessere Vergleichbarkeit von aus- und inländischen Berufsabschlüssen. Unsere Migranten haben damit einen Rechtsanspruch auf Prüfung innerhalb von drei Monaten. Das wird ihre Beschäftigungs- und Teilhabechancen weiter verbessern und Bayerns Unternehmen bei der Suche nach geeigneten Fachkräften helfen.

Erfreulich ist die Entwicklung auch und gerade bei den älteren Arbeitnehmern. Die Erwerbstätigenquote der 60- bis unter 65-Jährigen ist in den letzten Jahren um ca. 50 Prozent angestiegen – in Bayern auf 46,1 Prozent und deutlich mehr als im Bundeschnitt. Diese positive Entwicklung ist gut für unsere ganze Volkswirtschaft. Gerade in Zeiten des steigenden Fachkräftebedarfs erkennen Unternehmen, dass sie von den Erfahrungen, dem Know-How und der Arbeitsleistung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur profitieren können. Aber wir sind noch nicht am Ziel. Ich habe deshalb bereits 2011 die Initiative „Ältere und Arbeitswelt“ ins Leben gerufen. Unser Ziel ist die engere Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsorganisationen, Gewerkschaften und der Regionaldirektion Bayern in den Bereichen Weiterbildung und lebenslanges Lernen, Gesundheitsmanagement und Beschäftigungsfähigkeit, alters- und altersgerechte Arbeitsorganisation. Damit sichern und verbessern wir unsere Wettbewerbsfähigkeit und reagieren zugleich auf eine der großen Zukunftsherausforderungen: den demographischen Wandel.

Wir dürfen diesen Erfolg nicht gefährden –

es ist gerade einmal ein Jahrzehnt her, da galt Deutschland als der kranke Mann Europas. Mit vermeintlichen Wohltaten wie der geforderten Einengung von Minijobs oder der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes stellen wir das Erreichte, um die uns jetzt unsere europäischen Nachbarn beneiden, in Frage.

Gesetzlicher Mindestlohn – ein Irrweg

Wir wollen nicht nur, dass genügend Arbeitsplätze vorhanden sind, sondern sorgen auch dafür, dass die Menschen für ihre Arbeit anständig bezahlt werden. Klar ist: Wer arbeitet, muss davon leben können. Ein allgemeiner, gesetzlicher Mindestlohn ist hierzu aber der völlig falsche Weg. Hier läuft die Mindestlohn-Debatte schlicht an den Tatsachen vorbei: In Deutschland gibt es nach einer aktuellen Studie des IW Köln 1,3 Millionen Aufstocker. Davon arbeiten 44 Prozent in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen, und davon die Hälfte in Vollzeit. Grund dafür, dass bei diesen Vollzeitbeschäftigten noch Aufstockungsbedarf besteht, ist meistens nicht der Bedarf des einzelnen Arbeitnehmers, sondern dass dieser auch den Bedarf seines arbeitslosen Partners und oder der minderjährigen Kinder mit abdeckt. Keiner der diskutierten Mindestlöhne ist aber in der Lage, den gesamten Familienbedarf durch ein Mindestlohneinkommen abzusichern.

Aus einem weiteren Grund wäre ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn falsch: Die Tarifparteien haben sich bei der regionalen und branchenspezifischen Festsetzung der Löhne bewährt. Mit viel Fingerspitzengefühl und Know-How haben sie über 1500 Tarifverträge ausgehandelt, die auf die je-

weiligen Bedürfnisse zugeschnitten sind. Das Problem liegt allein darin, dass mancherorts zu wenige an die Tarife gebunden sind. Deswegen liegt die Lösung nicht darin, den Tarifparteien die Festsetzung von Mindestlöhnen aus der Hand zu nehmen, sondern darin, den von den Tarifpartnern ausgehandelten Löhnen wieder mehr Geltung zu verschaffen. Statt gesetzlichen Mindestlöhnen streben wir flächendeckende tarifliche Löhne an. Deswegen haben wir 11 branchenbezogene Mindestlöhne eingeführt – Rot-Grün hingegen nur einen. Deswegen wollen wir bei mangelnder Tarifbindung die Festlegung eines allgemeinen Mindestlohns durch eine Kommission der Tarifpartner. Wir wollen keine Schwächung, sondern eine Stärkung der Tarifautonomie. Die schwedischen Gewerkschaften haben dies übrigens erkannt – auch sie lehnen genau deswegen gesetzliche Mindestlöhne ab.

Gute Rahmenbedingung haben Erfolg: Die Einkommensschere, die durch die Agenda 2010 auseinandergeklafft ist, schließt sich seit den letzten Jahren wieder. Das reale Haushaltseinkommen der unteren 40 Prozent der Einkommensbezieher ist stärker gestiegen als das Einkommen der restlichen Bürger.

Bayern ist das Land der Chancen, des Zusammenhalts und der Teilhabe durch Arbeit – auf dem erfolgreichen Weg wollen wir auch in Zukunft weitergeben.



CHRISTINE HADERTHAUER, Mdl
Bayerische Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

Wir begrüßen herzlich unsere neuen Mitglieder

- Lorenz Beringer, München
- Eduard Kastner, Kastner AG, Wolnzach
- Dr. Chaled J. El Masry, Augsburg
- Michael Willmar, Nürnberg
- Jörg Schwinger, Regensburg
- Horst Schmitt, Eichenau
- ComCode GmbH, Markus Geier, Gröbenzell

Impressum: Herausgeber: Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, Tel. 089-2422860, Fax: 089-291518, www.wbu.de, **V.i.S.d.P.:** Dr. Jürgen Hofmann, **Redaktionsschluss:** 24.05.13, **Produktion:** Weltbuch Verlag GmbH, www.weltbuch.com

Der Herbst wird gnadenlos, spannend und direkt.



Randolph Braumann (Jahrgang 1934) war für den „stern“ als Kriegsreporter in Afrika, Vietnam und im Nahen Osten unterwegs. Er erzählt, wie Journalisten selbst ein wenig am Rädchen der Weltgeschichte drehen, von falschen Fotos, verlogenen Überschriften und ihren fatalen Folgen...



Prof. Dr. Paul Craig Roberts, ehemals Führungsmittglied unter Ronald Reagan schildert in erschreckender Klarheit Amerikas außenpolitische Verbrechen und ihre Verschleierung. Das Buch vereint Roberts' Online-Artikel zur US-Außenpolitik seit 2009. Ohne unnötige Polemik legt er den Finger in die offene Wunde...

Mehr unter: www.weltbuch.com/vorschau

Johann Gg. Zölls

- Snackautomaten**
- Fotoautomaten**
- Getränkeautomaten**
- Kaffeemaschinen**



Kapell-Leite 2
90579 Langenzenn
Tel. 09101/90 9390

www.zoells.de



Sehr geehrte, liebe Mitglieder des Wirtschaftsbeirats Bayern,

die Schuldenkrise in der Eurozone wirft auf vielen europäischen Arbeitsmärkten immer längere Schatten. In nicht wenigen Ländern hat die Arbeitslosigkeit neue Rekordstände erreicht, weil Strukturen, die auf einer unhaltbar hohen Staatsverschuldung aufbauten, wegbrechen. Bei verkrusteten Arbeitsmärkten trifft es besonders die Jugend. Vor allem in Südeuropa steht eine ganze Generation vor einer alles andere als verheißungsvollen Zukunft. Für die Betroffenen ist das deprimierend, für die Gesellschaften birgt es Sprengstoff.

Mit tröstenden Worten und Mitleid ist Europas Jugend nicht geholfen. Sie will Taten sehen. Das ist verständlich. Nur: Es gibt den großen Hebel nicht, der heute umgelegt wird, und über Nacht verschwinden alle Probleme. Einem „weiter so“ bei der Schuldenmacherei zur Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage haben die privaten Kapitalanleger unmissverständlich die rote Karte gezeigt. Die EZB ersatzweise immer stärker in die Rolle des Staatsfinanziers zu drängen, verbietet sich aus bekannten Gründen. Eine Transferunion, in welcher der Norden Europas den Süden

dauerhaft alimentiert, ist der Bevölkerung im Norden nicht vermittelbar. Es muss also gespart werden.

Gleichzeitig ist jedoch ebenso viel Energie und „Gehirnschmalz“ darauf zu verwenden, die Zukunftsfähigkeit in den Krisenstaaten durch eine konsequente Verbesserung der Angebotsbedingungen (wieder-)herzustellen und zu sichern. Ziel: der Aufbau neuer, international wettbewerbsfähiger Wertschöpfungsketten, Betriebe und Arbeitsplätze. Dazu bedarf es eines attraktiven Umfelds für in- und ausländische Investoren und die offensive Förderung von Forschung und Entwicklung. Notwendig ist ein gründerfreundliches Klima. Und es bedarf beruflich qualifizierter Mitarbeiter, die in der Lage sind, erfolgreich für den internationalen Markt zu produzieren. Hinzukommen muss Kostendisziplin, mit der die Krisenstaaten über interne Abwertungen ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit zurück gewinnen.

Das alles verlangt nach einem langen Atem und ist mühsam. Freilich wird Europa nur auf diesem Weg gestärkt aus der Krise hervorgehen und seiner Jugend eine gute Zukunft bieten können. Hilfe zur Selbsthilfe, die Deutschland dabei über Brüssel oder unmittelbar gewährt, ist m.E. die richtige Form der Solidarität und langfristig verantwortlich angelegtes Geld.

Zur Hilfe gehört auch, jungen Menschen aus Ländern mit hoher Jugendarbeitslosigkeit, die nicht auf bessere Zeiten morgen oder übermorgen warten wollen und können, sondern heute einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz beanspruchen, Chancen bei uns zu eröffnen. In Madrid, Lissabon, Athen oder Rom mag man dies als „Brain Drain“ werten und beklagen. Es trägt aber zur Entspannung der brisanten Lage bei. Und wer weiß: Nicht wenige junge Auszubildende werden möglicherweise als qualifizierter

Arbeitnehmer mittel- und längerfristig in ihre Heimatländer zurückkehren und dort die Wirtschaft stärken.

Bei aller Sorge um die Krisenländer in der Eurozone: So richtig rund läuft auch in Deutschland der Konjunkturmotor seit einiger Zeit nicht mehr. Ausgehend von einem erfreulich niedrigen Niveau nehmen auch bei uns die Arbeitslosenzahlen nicht weiter ab, sondern wieder zu. Ob die allgemein vorhergesagte Wirtschaftsbelebung im Sommer wirklich eintritt, ist noch nicht in Stein gemeißelt. D.h., wir sind gut beraten, uns nicht auf den Lorbeeren auszuruhen, mit denen wir weltweit als Fels in der Brandung bekränzt werden. Der Aufschwung muss weitgehend abgesichert werden.

In der Bundespolitik herrscht freilich Stillstand wie üblich in Wahljahren. Und in den Wahlprogrammen, die bislang vorliegen, habe ich wenig gefunden, das auf eine gezielte Sicherung und Förderung von Wachstum und Beschäftigung hindeutet. Eher drohen Verschlechterungen in den Standortbedingungen. Das ist gefährlich. Die USA melden sich auf der Basis massiv gesunkener Energiepreise als Industriestandort im globalen Wettbewerb zurück. Fernost ist und bleibt ein ernst zu nehmender Konkurrent. Mit Strafzöllen, wie sie die EU vor kurzem gegen die chinesische Solarindustrie verhängt hat, begibt man sich auf ein gefährliches Pflaster. Handelskriege kann gerade die sehr erfolgreiche bayerische Exportindustrie nicht gebrauchen. Unsere Leitmaxime war ja immer: „Wir müssen um so viel besser sein, wie wir teurer sind“. Dafür müssen in den Unternehmen und von der Wirtschaftspolitik auch künftig immer wieder aufs Neue die Voraussetzungen geschaffen werden.

Herzlichst Ihr
JÜRGEN HOFMANN



Fordern Sie unsere zwei neuen **Positionspapiere** an:

- Energiewende – eine Zwischenbilanz, von Dr. Otto Wiesheu, Präsident Wirtschaftsbeirat
- Energiewende erfordert Anpassungen des Strommarktes, von Armin Geiß, Vorsitzender Energierausschuss des Wirtschaftsbeirates

Download unter: <http://www.wbu.de/positionen-stellungnahmen.asp>

Wirtschaftsbeirat Bayern, Tel: 089-2422860,
Fax: 089-291518, Mail: info@wbu.de

Anzeigen im
KOMPASS
bringen Kontakte!

Fordern Sie die Mediadaten an: per Mail: weltbuch@mac.com oder geben Sie den Link: <http://db.tt/QmobHvPD> in Ihren Internet-Browser ein und Ihnen wird automatisch die PDF übertragen.

Ein Plädoyer für die Aktie und gegen ihre steuerliche Diskriminierung



DR. CHRISTINE BORTENLÄNGER

Gäbe es die Aktie nicht, müsste man sie ohne Zweifel erfinden. Sie bietet viele Vorteile für die Unternehmensfinanzierung und die Vermögensbildung. Tatsächlich wurde die Aktie jedoch nicht „erfunden“, sondern man könnte eher sagen, das „Prinzip Aktie“ wurde von Unternehmern und Kaufleuten entdeckt. Wie alle genialen Entdeckungen ist es ein einfaches Prinzip, und gerade deshalb ist die Aktie so wirkungsvoll. Im Kern besagt das „Prinzip Aktie“, dass viele Anleger kleinere oder größere Beträge beisteuern, um gemeinsam eine große Investition zu finanzieren. So ermöglichte die Aktie Innovationen und Investitionen wie z.B. die Eisenbahn, ohne die die industrielle Revolution nie stattgefunden hätte. Heute sind angesichts des hohen Kapitalbedarfs der arbeitsteiligen Wirtschaft Großunternehmen in der Automobil- oder Chemieindustrie kaum ohne eine Finanzierung via Aktie denkbar. Kurzum: Unser aller Wohlstand beruht auf der Aktie.

Attraktive Geldanlage

Doch Deutschland ist kein Volk der Aktionäre. Ende 2012 waren 8,8 Mio. Anleger direkt oder über die Fondsanlage in Aktien investiert. Dies entspricht nur 13,7 Prozent der Gesamtbevölkerung. Zwar konnte im letzten Jahr ein Zuwachs von 200.000 Aktionären verzeichnet werden, aber insgesamt wird die Aktie weiterhin stiefmütterlich vom deutschen Privatanleger behandelt. Dagegen ist insbesondere in den angelsächsischen Ländern die Aktionärsquote, wie z.B. in den USA mit rund 50 Prozent, wesentlich höher als hierzulande – gleiches gilt für die „Nordlichter“ Norwegen, Schweden und Dänemark.

Aus vermögenspolitischer Sicht ist die Aktienschau der Deutschen kritisch zu sehen. Bei nachlassender Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rente muss die private Vorsorge an Bedeutung gewinnen. Ideal hierfür sind Aktien, da sie gegenüber festverzinslichen Wertpapieren langfristig gesehen im Durchschnitt eine deutlich höhere Rendite erzielen. Zudem ist die Anlage in dividendenstarke Aktietitel gerade in der aktuell anhaltenden Niedrigzinsphase oftmals die einzige Möglichkeit, inflationsbereinigt eine positive Rendite zu erwirtschaften und das eigene Vermögen zu mehren.

Hochentwickelte Börsen

Aus der gemeinsamen Kapitalaufbringung ergeben sich positive Effekte. Ein einzelner Anleger kann seine Ersparnisse dank kleiner Stückelung in viele verschiedene Aktien investieren. Das ermöglicht die notwendige Risikostreuung. Gleichzeitig wird das Risiko des Scheiterns eines einzelnen Unternehmens auf viele Schultern verteilt und dadurch erst tragbar. Die Aktie ist nach einem langen juristischen Optimierungsprozess ein sehr standardisiertes Instrument. Wer eine beliebige deutsche Aktie kauft, kann seine Anlegerrechte dem Aktiengesetz und dem Corporate Governance Kodex entnehmen. Bei Unternehmen anderer Rechtsformen muss der jeweilige Gesellschaftsvertrag individuell geprüft werden. Aktien können dank ihrer Fungibilität einfach und kostengünstig von einem Eigentümer zum nächsten weitergegeben werden. Wenn ein Aktionär sich von seinem Investment trennen möchte, bedeutet das keinen Kapitalabfluss aus dem Unternehmen. Besonders einfach ist der Eigentümerwechsel, wenn die Aktie börsennotiert ist. Die technisch, organisatorisch und rechtlich hochentwickelten Börsen gewährleisten den Anlegern eine extrem hohe Liquidität, Rechtssicherheit und Zuverlässigkeit beim Kauf und Verkauf von Aktien (und anderen Wertpapieren).

Die Vorteile von Aktien liegen also auf der Hand. Doch woran liegt es, dass nur ein geringer Teil der deutschen Bevölkerung von diesen Vorteilen überzeugt ist und sich an die Aktienanlage heranwagt? Zu den vielschichtigen Gründen für dieses Phänomen gehören der traditionell sicherheitsorientierte Anlagestil, negative Erfahrungen mit dem Aktieninvestment nach dem Platzen der New-Economy-Blase, das Umlageverfahren der gesetzlichen Rente, das bislang kein größeres Aktienengagement als private

Altersvorsorge erforderlich machte, und ein mangelndes Verständnis über die Funktionsweise von Börsen und Kapitalmärkten in weiten Teilen der Bevölkerung.

Abgeltungsteuer diskriminiert Aktien

Der geringe Aktienbesitz deutscher Privatanleger ist aber nicht ausschließlich eine Mentalitätsfrage, sondern hängt auch mit den geltenden steuerlichen Rahmenbedingungen zusammen. Diese diskriminieren den Aktienbesitz, da sie festverzinsliche Anlagen bevorzugen. Während von 100 Euro Ertrag aus einer Anleihe oder einer Tagesgeldanlage nach Zugriff des Fiskus noch fast 75 Euro beim Anleger verbleiben, bleibt dem Aktionär von 100 Euro Gewinn gerade einmal die Hälfte übrig. Ursache dafür ist die doppelte Besteuerung von Gewinnen aus Aktienkapital sowohl auf der Unternehmens- als auch Anlegerebene.

Die steuerliche Diskriminierung von Eigen- gegenüber Fremdkapital zu beenden, ist bisher nicht gelungen. Zwar hatte die Bundesregierung 2009 in ihrem Koalitionsvertrag formuliert, dass sie sich dieses Problems annehmen wolle, doch die Legislaturperiode ist leider folgenlos verstrichen. Kontraproduktiv sind auch die aktuellen Pläne der SPD, im Falle einer Regierungsbeteiligung den Abgeltungsteuersatz von 25 auf 32 Prozent anzuheben.

Eine Erhöhung der Steuern auf Aktienerträge wäre Gift für die Aktienanlage. Stattdessen müsste die Abgeltungsteuer neu justiert werden. Das Deutsche Aktieninstitut hat hierzu bereits Ende 2010 konkrete Vorschläge vorgelegt. Mit dem sogenannten Freistellungsverfahren wird ein bewusst pragmatischer, praktikabler und auch für den Anleger verständlicher Ansatz gewählt, um die Schwächen der Abgeltungsteuer zu beheben. Danach sollen Dividenden und Veräußerungsgewinne künftig zu einem bestimmten Prozentsatz, der von der Politik festzulegen wäre, von der Abgeltungsteuer freigestellt werden. D.h. bei einer 50-prozentigen Freistellung wären statt 25 Prozent Abgeltungsteuer nur 12,5 Prozent fällig.

Weitere Belastung durch Finanztransaktionssteuer

Während die Abgeltungsteuer die Aktienanlage benachteiligt, droht nun mit der Finanztransaktionssteuer eine weitere steuerliche Belastung für alle Kapital- >> Seite 5

marktprodukte. Elf EU-Mitgliedstaaten haben im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit erklärt, Finanztransaktionen künftig besteuern zu wollen, um mit dieser Steuer die Finanzindustrie an den Kosten der Finanzmarktkrise zu beteiligen. Ausschließlich Finanzinstitute unterliegen deshalb der Steuerpflicht. Unberücksichtigt bleibt dabei allerdings, dass die Finanzinstitute bei Transaktionen mit Privatanlegern

die Steuer - wie im Falle der Erhebung der Mehrwertsteuer auch - in den Preisen vollständig an die Kunden weitergeben werden.

Leider zeigen alle diese steuerlichen Maßnahmen, dass wir in Deutschland von einem Signal „Pro Aktie“ weit entfernt sind. Dies spiegelt auch eine Grundhaltung in weiten Teilen der Politik wider, den Kapitalmarkt als Problem, und nicht als Lösung

vermögenspolitischer Probleme zu begreifen. Den Schaden haben die Privatanleger, aber auch die Unternehmen, die gerne mehr Privatanleger an ihrem Aktienkapital mit einer attraktiven Dividendenrendite beteiligen würden.

DR. CHRISTINE BORTENLÄNGER
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Deutsches Aktieninstitut e.V.

Aus den Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken

8. Mai 2013 – Ausschuss Finanzmärkte

Brauchen wir Investmentbanking für die Unternehmensfinanzierung? Zu diesem Thema referierten unter der Leitung des Ausschussvorsitzenden Prof. Dr. Franz-Christoph Zeitler, Lutz Diederichs, Vorstand HypoVereinsbank Unternehmerbank, und Heinz Greiffenberger, Aufsichtsratsvorsitzender der Industrieholding Greiffenberger AG. Eine intensive Diskussion, an der sich u.a. Präsident Dr. Wiesheu beteiligte, schloss sich an.



v.l.n.r.: Dr. Otto Wiesheu, Lutz Diederichs, Prof. Dr. Franz-Christoph Zeitler, Heinz Greiffenberger

13. Mai 2013 – Bezirk Mittelfranken

Die Auseinandersetzung mit möglichen „Zukünften“ stand im Mittelpunkt der jüngsten Veranstaltung des Bezirks Mittelfranken unter der Leitung von Dr. Christian Bühler. Für einen Vortrag über die „Zukunft in Unternehmen bzw. Unternehmen mit Zukunft“ konnte Prof. Dr. Eckard Minx, Vorsitzender des Vorstandes der Daimler und Benz Stiftung, gewonnen werden.



v.l.n.r.: Dr. Christian Bühler, Prof. Dr. Eckard Minx, Dr. Wolfgang Bühler, Dr. Jürgen Hofmann, Jens Grauhering

14. Mai 2013 – Ausschuss Energie- und Rohstoffpolitik

Den Energieausschuss beschäftigt weiterhin die Energiewende. Vorsitzender Armin Geiß hatte dieses Mal das Thema „Ist der Industriestandort Deutschland in Gefahr?“ auf die Agenda gesetzt. Referenten waren Dr. Günter von Au, Vorsitzender des Vorstands des Landesverbands Bayern Verein der Chemischen Industrie e.V., und Markus Blume, MdL und Vorsitzender der CSU-Wirtschaftskommission.



v.l.n.r.: Markus Blume, Dr. Günter von Au, Armin Geiß

14./15. Mai 2013 – Junge Unternehmer

Auch in diesem Jahr gab es für die Jungen Unternehmer eine Einladung in den Bundestag in Berlin. 14 Teilnehmer nutzten den „Werkstattbesuch“, um sich vor Ort über die Arbeit in den Ausschüssen zu informieren und Gespräche mit Bundestagsabgeordneten zu führen.



16. Mai 2013 – Junge Unternehmer
Gesprächsthema beim jüngsten After-Work-

Stammtisch der Jungen Unternehmer war die Unternehmensgründung von windeln.de. Alexander Brand, Gründer und Geschäftsführer der Urban Brand GmbH (windeln.de) berichtete über seine Erfahrungen von der Ideenfindung über die Finanzierungsstrategie bis hin zur Erfolgssicherung des jungen Unternehmens. Die anschließende Diskussionsrunde, geleitet von Maximilian Fallthäuser, Vorstand der Jungen Unternehmer, mündete in einen regen Gedankenaustausch zwischen Referent und Teilnehmern.



21. Mai 2013 – Bezirk Inn/Salzach

Zu einer Vortragsveranstaltung „Infrastrukturpolitik ist Wirtschaftspolitik in der Praxis“ konnte der Vorsitzende Dr. Willi Kleine den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Andreas Scheuer, im Gästecasino der Wacker Chemie AG begrüßen. Im Vordergrund stand erwartungsgemäß die Straßen- und Schienenanbindung der Region.



v.l.n.r.: Dr. Willi Kleine, Dr. Andreas Scheuer, MdB Stephan Mayer, Dr. Jürgen Hofmann

Terminvorschau

25. Juni, München

Arbeitskreis Unternehmerzukunft: „Generationenübergreifende Bildung“, Impulsvortrag von Martin Zeil MdL, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Verkehr, Infrastruktur und Technologie und Stellvertretender Ministerpräsident; anschließend Thementische und Get-together

26. Juni, München

Ausschuss für Bildung und Wissenschaften: Ferdinand Prinz zur Lippe, Vorstand des Förderkreises Naturkundemuseum Bayern, Professor Randolph Rodenstock, Ehrenpräsident der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) und Stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Förderkreises Naturkundemuseum Bayern, Prof. Dr. Gerhard Haszprunar, Generaldirektor Staatliche Naturwissenschaftliche Sammlungen Bayerns; „Das Naturkundemuseum Bayern – eine Jahrhundert-Chance für die naturwissenschaftliche Bildung in Bayern“

27. Juni, Lindau

Bezirk Lindau: Michael Weiß, Geschäftsführer der Meckatzer Löwenbräu Benedikt Weiß KG, „Meckatzer Löwenbräu – Klasse statt Masse“; Dr. Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates Bayern, „Mit einem starken Mittelstand in die Zukunft“

27. Juni, Rosenheim

Bezirk Rosenheim: Rolf von Hohenhau, Präsident Bund der Steuerzahler in Bayern e.V., „Die Steuererhöhungspläne der Opposition und ihre Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft“

1. Juli, München

Ausschuss für Wirtschaftspolitik: „Wertorientierte Unternehmensführung – Standortvorteil oder Ballast im globalen Wettbewerb?“, Christine Haderthauer, MdL, Bayerische Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen; Barbara Kux, Mitglied des Vorstands der Siemens AG, Oswald Metzger, Publizist, Stellv. Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU; Prof. Dr. Dr. Franz Josef Radermacher, Lehrstuhl für „Datenbanken und künstliche Intelligenzen“ an der Universität Ulm; Moderation: Klaus Josef Lutz, Vorstandsvorsitzender der BayWa AG

2. Juli, München

Junge Unternehmer: Besuch der BayWa AG Konzernzentrale, Dialog mit Klaus

Josef Lutz, Vorstandsvorsitzender der BayWa AG; „Agrarspekulation und die Haltung der BayWa“

2. Juli, Bamberg

Bezirk Bamberg: Dr. Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates Bayern, „Mit nachhaltiger Wirtschafts- und Strukturpolitik die Zukunft gestalten“

3. Juli, München

Ausschuss für Verkehrspolitik: Dr. Peter Ramsauer MdB, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; „Vier Jahre Bundesverkehrsminister – was wurde erreicht? Was ist für die nächsten Jahre geplant?“

4. Juli, Rothenburg ob der Tauber

Bezirk Ansbach/Westmittelfranken: Ilse Aigner, MdB, Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz; „Ehrliches Essen – Bekenntnis zu Leistung, Transparenz und Wertschätzung“

5. Juli, Fraueninsel/Chiemsee

Bezirke Berchtesgadener Land/Traunstein, Rosenheim und Arbeitskreis „Wirtschaft und Kirchen“ gemeinsam mit dem Bund Katholischer Unternehmer (BKU): Frauenwörter Gespräche mit Georg Fahrenschon, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, „Schuldenkrise, Geldschwemme und Bankenregulierung – was bedeutet das für Sparer und Mittelstand?“

8. Juli, Augsburg

Bezirk Augsburg: Professor Dr. Hans Ulrich Buhl, Lehrstuhl für BWL, Wirtschaftsinformatik, Informations- & Finanzmanagement der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Augsburg; Dr. Alexander Aberger, Bereichsdirektor Bankwirtschaft und Verbundgeschäft Genossenschaftsverband Bayern e.V.; „Turbulente Finanzwelt – wohin „schwimmt“ es die Ideen der Sozialen Marktwirtschaft – woran müssen wir festhalten?“

10. Juli, Ingolstadt

Bayerischer Wirtschaftstag 2013: Grußworte: Dr. Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates; Sepp Mißlbeck, Bürgermeister der Stadt Ingolstadt; Axel Strotbek, Mitglied des Vorstands der Audi AG; Vorträge: Prof. Dr. Paul Kirchhof, Bundesverfassungsrichter a.D., Dr. Markus Söder, MdL, Bayerischer Staatsminister der Finanzen; „Nachhaltige Steuer- und Finanzpolitik – Schlüssel für die Zukunft“

11. Juli, München

Ausschuss für Europapolitik: Simon McDonald, Britischer Botschafter in Berlin; Markus Ferber, MdEP, Vorsitzender der CSU-Europagruppe

15. Juli, München

Ausschuss für Ernährungs- und Agrarpolitik: Ilse Aigner, MdB, Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz; Prof. Dr. Harald von Witzke, Humboldt-Universität zu Berlin „Nachhaltigkeit in der Agrar- und Ernährungswirtschaft: Gesellschaftliche Erwartungen und unternehmerische Strategien“

16. Juli, München

Ausschuss Außenwirtschaft: Prof. Dr. Udo Steinbach, Leiter des Governance Center Middle East/North Africa an der Humboldt-Viadrina School of Governance, Berlin

17. Juli, München

Arbeitskreis Wirtschaft und Kirchen: Prof. Dr. Martin Balle, Vorsitzender des Arbeitskreises; Prof. Dr. Martin Thurner, Martin-Grabmann-Forschungsinstitut der Katholisch-Theologischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München; „Arbeit und Muße – Haben wir unseren Rhythmus noch?“

18. Juli, München

Ausschuss für Finanzmärkte: Dr. Christine Bortenlänger, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Deutsches Aktieninstitut e.V.; Prof. Dr. Christoph Kaserer, TUM School of Management und Lehrstuhl für BWL-Finanzmanagement und Kapitalmärkte; Dr. h.c. Hans Michelbach, MdB, Landesvorsitzender der Mittelstandsunion, „Transaktionssteuer“

23. Juli, Tittmoning

Bezirke Berchtesgadener Land/Traunstein, Inn/Salzach und Passau: Sommerempfang der südostbayerischen Bezirke mit Dr. Luis Durnwalder, Landeshauptmann der Provinz Bozen Südtirol

24. Juli, Neumarkt

Bezirk Jurakreis: Christine Haderthauer, MdL, Bayerische Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

**Weitere Infos/
Termine unter:
www.wbu.de**